Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 18533. Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tage vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Freitag den 5. März 1926 — Nummer 54

Justizschande der Republik

Verbrecher Jürgens soll freigelassen werden
Her mit der Vollamnestie

Die deutschen republikanischen Behörden sind dabei, den Justizskandal des Untersuchungsrichter-Verbrechers Jürgens zu vertuschen. Mit allen Mitteln und Kräften arbeiten sie daran, Jürgens in den nächsten Tagen aus der Haft zu entlassen. Die Behörden wollen die öffentliche Verhandlung gegen den Justizverbrecher vermeiden. Man will, wie in der Affäre der Gräfin Bothmer, alle Schuld auf die Frau des Verbrechers abschieben. Jürgens hat, um die Möglichkeit zu erleichtern, gegen seine Frau die Ehescheidungsklage eingereicht. Die bürgerliche Presse unterstützt natürlich dieses Vorgehen. Die „Dr. N. N." meinten gestern, daß sich „immer mehr herausstelle, daß die Frau die Hauptschuldige sei."

Mit einer lächerlichen und erbärmlichen Komödie soll das Skandal der deutschen Justiz verdeckt werden. Die Machenschaften, die Meineidsfabrikation, die Massenmörderversuche des Verbrechers in höchster Justizstelle sind doch nicht mehr zu verschleiern. Es ist nicht zu verdecken, daß Jürgens, um die Versicherungssummen zu ergaunern, sich Einbrüche in seinen Wohnungen fingierte, daß er die Versicherungsgesellschaft um viele tausend Mark betrogen, indem er angegeben, die Einbrüche seien von Kommunisten verübt, um Material gegen die Kommunisten zu erhalten.

Jürgens hat in den Prozessen gegen die Kommunisten — er organisierte den Tschekaprozeß, den Prozeß gegen die Elberfelder Arbeiter, Prozesse, in denen Hunderte von Jahren Zuchthaus und Gefängnis und Todesurteile verhängt wurden — Meineide über Meineide geschworen. Ist an diesen Meineiden auch die Frau schuld?

Jürgens organisierte jetzt einen neuen „Einbruch" in seiner Wohnung in Berlin, in dem er selbst angegriffen werden sollte. Mit dem angeblichen Attentat sollte der Grund zum Verbot der Kommunistischen Partei geschaffen werden. Um den Einbruch glaubwürdig zu machen, versteckte Jürgens drei Koffer mit Silbersachen, zwei in eine Gepäckaufbewahrung in der Schützenstraße 72 in Berlin, einen in die Filiale der Mitteldeutschen Kreditbank in der Friedrichstraße 200. Die Werte der Silbersachen sollte dann die Versicherungsgesellschaft bezahlen. Ueber die Schandtaten Jürgens soll geheimnisvolles Dunkel gebreitet werden. Weshalb? Mit dem Zusammenbruch des Untersuchungsverfahrens, mit diesem Justizskandal bricht die gesamte Hetze gegen die Kommunisten zusammen. In allen Verfahren, in denen auf Grund der Aussagen dieses Verbrechers Arbeiter verurteilt sind, muß eine Wiederaufnahme des Verfahrens erfolgen. Die unschuldig Eingesperrten und Verurteilten müssen wieder freigelassen werden.

Bezeichnend ist, daß dieser Strolch überhaupt auf eine solch hohe Stelle der Justiz aufrücken konnte; ist doch bekannt geworden und mußte den Behörden bekannt sein, daß Jürgens schon während des Krieges als Hauptmann in Hannover die gemeinsten Verbrechen beging und deswegen auch verhaftet wurde. In Hannover stahl er beschlagnahmte Gegenstände zusammen, ließ unschuldig Verhaftete im Gefängnis sitzen, mit Ketten durch die Stadt führen. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten" müssen den Halunken gestern „den Schrecken einer ganzen Provinz" nennen.

Diesen notorischen Verbrecher will die deutsche Justiz jetzt loslassen. Ist die Frau auch schuld an den Kriegsverbrechen, daran, daß er Mißliebige, die um seine Taten wußten, an die Front schickte mit dem Vermerk: „In der ersten Linie zu verwenden, damit er fällt!"? Dieser sadistische Massenmörder wurde in der Republik Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof und brachte ehrliche Arbeiter ins Gefängnis und Zuchthaus.

Und dieser Schuft, der einem verurteilten Arbeiter nicht die Schuhe aufmachen kann, so tief steht er moralisch unter den Klassenkämpfern, soll freigelassen werden, während seine Opfer weiter in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten!

Aber ein noch unerhörterer Skandal ist es, daß jetzt der Staatsgerichtshof einen neuen Prozeß auf Grund des von Jürgens zusammengetragenen Materials durchführen will. Es soll der Prozeß gegen den Genossen Hauch, den Jürgens 22 Monate in Untersuchungshaft gehalten hat, begonnen werden.

Wir appellieren an die gesamte Arbeiterschaft: Der Staatsgerichtshof darf keine Urteile mehr fällen.

Protestiert in allen Betrieben und Versammlungen!
Rettet die Klassenkämpfer!
Erzwingt die Vollamnestie!

Die Aussichten des Volksbegehrens

In den letzten Dezembertagen vergangenen Jahres verhandelte der Kuczynski-Ausschuß mit Vertretern der KPD. über das Gesetz, das zum Volksentscheid gestellt werden sollte.

Den kommunistischen Vertretern wurde zu erwägen gegeben, ob nicht größere Massen für ein Gesetz zu gewinnen wären, das eine Rente vorsieht. Es erschien vielen als ein gewagtes Beginnen, die Initiative zum Volksentscheid zu ergreifen, obwohl sich nur wenige Organisationen mit der KPD. auf dem Boden der entschädigungslosen Enteignung zu einigen bereit waren. Die Partei war — seit sie im Oktober den Plan des Volksentscheids ins Auge gefaßt hatte — durch alle Erfahrungen bestärkt worden, die sich anbahnende Volksbewegung mit größter Energie zu fördern. Alle Zweifler von damals sind heute völlig unserer Meinung, daß die Forderung der entschädigungslosen Enteignung die zündende Parole, die weite Volkskreise bindende Losung ist. Und jetzt zu Beginn der Einzeichnung, heißt es zugleich die weitere Entwicklung, die weiteren Aussichten überprüfen und für die weitere Arbeit die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Die SPD.-Größen und die autoritativen Führer des ADGB. hatten den kommunistischen Antrag als „Kohl" (a la Körpel!), als bloße Demonstration abtun wollen. Sie mußten „Leine ziehen", als sie versuchten, ihren Anhängern und den breiten Arbeitermassen diese Meinung einzureden. Jetzt beginnen auch die Demokraten in letzter Stunde zu „erwägen", ob sie ihren Anhängern die Beteiligung am Volksbegehren empfehlen sollen. Auch ohne diese Erwägungen setzt sich die Volksbewegung durch. Jedoch die Demokraten wollen schließlich dabei sein wegen der kleinbürgerlichen Massen, die ihnen die Gefolgschaft versagen und gegen die Kompromißpolitik protestieren.

Sind nicht sogar die Deutschnationalen in Bedrängnis! Ihre aktive Kampagne für die Verdienste der Könige, der edlen Königin Luise, des Alten Fritz und des Großen Kurfürsten, die leidenschaftlichen Ermahnungen an alle rechtlich und national denkenden, patriotisch gesinnten Deutschen zeigen, daß es den Herren im eigenen Lager unheimlich wird. Ihre Totschweigetaktik hilft ihnen nichts. Sie fürchten, daß die enttäuschten Sparer und Kleinrentner, die Beamten und Handwerker ihrem Klasseninteresse gegen ihre monarchistische „Tradition" folgen und der Forderung der Fürstenenteignung zustimmen. Und eben dieselben Motive bestimmen die Volkspartei, sich aktiv gegen den Volksentscheid zu stellen. Die hohe Bourgeoisie hat gemeinsame Angst mit den Fürsten, daß sich eine geschlossene Front der Arbeiter mit den übrigen werktätigen Schichten bildet. Sie zetert: „Volksbegehren auf Raub", „Schützt das Recht, schützt das Eigentum!" Schon vor 80 Jahren nach dem 18. März 1848 charakterisierte Karl Marx diese Rolle der Bourgeoisie als Verbündete der Fürsten:

„Die hohe Bourgeoisie, von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volke, das heißt vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion"

Und wenn Lassalle seine Rede „Ueber Verfassungswesen" im Hinblick auf die 48er Bewegung schloß:

„Das Fürstentum, meine Herren, hat praktische Diener, nicht Schönredner, aber praktische Diener, wie sie Ihnen zu wünschen wären" —

so hat er die Rolle der Fürstenknechte und Fürstenkumpane trefflich gekennzeichnet und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die Fürsten und die Bourgeoisie klar gezeigt. Wenn damals die Fürsten und mit ihnen die hohe Bourgeoisie triumphieren, wenn sie noch nach dem November 1918, nach dem Oktober 1923 frohlocken konnte: jetzt beginnen sie wieder wie im März 1848, wie im November 1918 unruhig zu werden. Sie sehen hinter der Frage der Fürstenenteignung das Klassenbündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft, zwischen Lohnarbeitern und gewerblichem Mittelstand, zwischen Arbeitertentner und enteignetem Sparer. Die Klassengegensätze werden den einzelnen Schichten bewußt. Die Demagogie der Bourgeoisie nützt nichts, die Frage ist entscheidend gestellt — als Klassenfrage: **Für und wider!** Und die Note aller Werktätigen helfen der Entscheidung nach!

Die Bourgeoisie sieht sich in Gefahr. Wohlan, so werden wir sie vervielfachen! Die Agitation für das Volksbegehren gibt uns Gelegenheit, an diejenigen Bevölkerungsschichten heranzukommen, die sich uns bisher verschlossen haben. An uns liegt es, Millionen wachzurütteln, Millionen in die Einzeichnungslokale zu schleppen. Das Volksbegehren ist nicht nur eine parlamentarische Aktion — sondern eben zugleich eine Massenaktion, die zu einer Kräfteverschiebung, zur Klärung und organisatorischen Gesundung hilft. In

Monarchistische Terrorakte gegen das Volksbegehren

Berlin, 5. März. Die „Rote Fahne" berichtet heute morgen, daß sich bereits gestern am ersten Einzeichnungstag eine auf das Beste organisierte Sabotage zeigte, bei der Behörden und die Rechtsparteien planmäßig Hand in Hand arbeiten. Von den Behörden wird nicht einmal Auskunft über die Zahl der Eingezeichneten gegeben. Die monarchistischen Parteien üben in Stadt und Land den brutalsten Terror aus. Nur durch Massenaufklärung und durch Massenmobilisierung der Werktätigen ist diese Sabotage der Fürstenknechte zu brechen. Die „Rote Fahne" schreibt dazu weiter: „Die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter müssen gegen all diese Widerstände die schärfste gemeinsame Kontrolle ausüben. Sollen etwa die Fürstenknechte sabotieren, nur weil der sozialdemokratische Parteivorstand die gegenseitige Fühlungnahme der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter verhindern will?

Noch wichtiger als in der Großstadt Berlin ist das gemeinsame Zusammengehen in den kleinen Städten und auf dem Lande. Nach den einlaufenden Meldungen sind die Monarchisten gleich am ersten Tage mit einem beispiellosen Terror hervorgetreten, der alle Erwartungen übertroffen hat. Gespeist mit ungeheuren Geldmitteln aus den Kassen der Fürsten haben sie in Stadt und Land einen Terror- und Sabotageakt aufgezogen, in dem das ganze monarchistische Gesindel mit dem Beamtenapparat dieser Republik seine Rolle übernommen hat. Oeffentlich fordern die Monarchisten auf, die Einzeichnung durch bezahlte Agenten zu überwachen und den Kommenden mit Drohungen und falschen Behauptungen von der Einzeichnung abzuhalten. In letzter Stunde überstürzen sich diese Akte der Monarchisten."

Ein wuchtiger Auftakt

Essen, 4. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Ruhrgebiet ist schon die Arbeiterschaft in imposanten und machtvollen Demonstrationen für den Volksentscheid und gegen das Fürstengesindel aufmarschiert. In Essen folgten Zehntausende, darunter viele Frauen, dem Rufe der Kommunistischen Partei. Nach einem Aufmarsch auf dem Gerlingsplatz, wo ein Referent der KPD. zu den Massen sprach, formierte sich ein gewaltiger Demonstrationszug. Am Abend durchzogen Demonstranten in größeren und kleineren Zügen mit Fackeln, Transparenten und roten Fahnen die Stadt. In Gelsenkirchen fand als Auftakt zum Volksbegehren eine große Massenkundgebung der Arbeiterschaft statt. Um 5 Uhr formierte sich eine große Demonstration der Roten Frontkämpfer, Parteigenossen, Jungpioniere und Frauen, der sich viele parteilose Arbeiter anschlossen. Auch in Hamborn und Duisburg fanden gewaltige Demonstrationen unter starker Beteiligung parteiloser Arbeiter und Kleinbürger statt.

Die Eisenbahner gepreßt

Die Lohnklage der Eisenbahner gegen die Reichsbahn abgewiesen.

Berlin, 5. März. (Eig. Drahtbericht.) **Die 8. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin fällte in der Klage der Eisenbahner gegen die Reichsbahngesellschaft, die sich auf die Zulassung der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs vom 28. Dezember 1925 bezog, ein Urteil, daß die Klage der Gewerkschaften kostenfällig abweist.**

Die Gewerkschaftsführer haben, statt den Abwehrkampf der Eisenbahner zu organisieren, den Weg der Zivilkammer beschritten und damit den Eisenbahnern diese Niederlage von der Klassenjustiz geholt. Der „Vorwärts" schreibt heute morgen zu diesem Urteil: „Was ist die unvermeidliche Folge dieses Urteils und der Haltung der Reichsbahngesellschaft? Daß es für die Eisenbahner in künftigen Fällen nur mehr eine Möglichkeit gibt, um sich auskömmliche Löhne und Arbeitsbedingungen zu sichern — den Kampf." Die 8. Zivilkammer des Landgerichts I zwingt die Eisenbahner mit der Abweisung ihrer Klage, sich künftig auf den Machtkampf einzustellen. Entweder, die Eisenbahner unterwerfen sich willenlos dem Diktat der Scharfmacher in der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft, oder aber sie führen den rücksichtslosesten Kampf um ihre Existenzbedingungen. Einen dritten Weg zu beschreiten, läßt das Urteil der 8. Zivilkammer nicht zu.